

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

**Abonnementspreis** im Monat einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 90 Pfg., bei Selbstabholung 80 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.40 Mk., für 1 Monat 80 Pfg. (Postgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

**Redaktion:**  
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Fernsprecher: 13088

**Anserte** kosten die 7spaltige Pettzeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Platzvorschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Teilaufgabe 5.— Mk. — Schluss der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4500 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Bozarevac gefallen.

### Der bulgarische Erfolg in Serbien. — Deutsch-österreichische Erfolge südlich Belgrad und Semendria, 450 Gefangene. — Heftiger Kampf vor Dünaburg.

#### Jahrestage des Weltkriegs.

16. Oktober. In Brügge und Ostende wird reiches Kriegsmaterial erbeutet.

Die Zahl der in den Kämpfen bei Schirwindi gemachten Gefangenen erhöht sich auf 4000.

17. Oktober. Vier deutsche Torpedoboote werden von englischen Streitkräften zum Sinken gebracht. 193 Mann ertrinken.

Der japanische Kreuzer Takatschi wird vor Kantschou von einem deutschen Torpedoboot vernichtet.

#### Die neuesten Meldungen.

##### Der neue russische Minister des Innern.

Petersburg, 15. Oktober. (W. Z. B.) Njetsch schreibt über den neuernannten Minister des Innern, Schostkow, daß seine frühere administrative Tätigkeit im besten Sinne berücksichtigt war, so daß die Spalten der Zeitungen tagelang mit seinen haarsträubenden Maßnahmen gefüllt waren. Er versuchte stets den Grundlag der absoluten Macht durchzuführen und billigte seinen Gouverneurposten ein, weil er bei den Dumawahlen unzulässige Maßnahmen angewendet hatte, über die Interpellationen in der Duma eingebracht wurden. In der letzten Session wurde er bekannt durch seine Rede gegen die Deutschen in Rußland.

##### Die Lage der jüdischen Flüchtlinge.

Petersburg, 15. Oktober. (W. Z. B.) Njetsch erfährt, daß die jüdischen Flüchtlinge aus verschiedenen Städten melden, daß sie dem Hungertode preisgegeben seien.

##### Die Finanzlasten Englands.

London, 15. Oktober. In seiner Kassen erregenden Erklärung sagte Finanzsekretär Montagu im Unterhause, nur wenige schienen die Finanzlast des Krieges zu kennen. Das diesjährige Defizit werde auf 1285, das nächste auf 1498 Mill. Pfund Sterling geschätzt. Die Kriegskosten müßten durch Steuern und Anleihen gedeckt werden. Jeder Bürger müsse bereit sein, mindestens das halbe Einkommen für Steuern und Anleihen dem Staate zur Verfügung zu stellen, wenn England imstande sein solle, den Krieg für sich und die Alliierten zu finanzieren. Das ganze Volk müsse seine gesamte Lebensführung ändern.

##### Keine Hilfe aus Japan.

London, 16. Oktober. Die Central News melden aus Tokio: Alle einflussreichen japanischen Blätter verurteilen scharfsten den Vorschlag, daß Japan militärische Hilfe nach dem Balkan senden solle. Bei der heißen Lage in China und der Möglichkeit von Unruhen in Indien sei es zweifellos, daß Japan beschloffen habe, keine Truppen nach Europa zu senden. Japan habe diesen Entschluß längst den Mächten mitgeteilt und es liege kein Grund vor, ihn zu ändern.

##### Vergeltungsmahregeln gegen Zeppelinangriffe.

London, 16. Oktober. Globe schreibt: Wir haben ein neues Vergeltungssystem gegen Luftangriffe, aber es schützt uns nicht. Tatsache ist, daß London keinen ausreichenden Schutz gegen die Zeppeline hat. In der City fand gestern eine stark besuchte Versammlung statt. Sie nahm eine Entschließung an, in der die Regierung dringend aufgefordert wird, eine entschiedene Politik zu treiben und Vergeltungsmahregeln gegen die Zeppelinangriffe zu treffen.

**Der deutsche und der österreichische Tagesbericht vom 15. Oktober befindet sich auf der dritten Seite.**

**Der heutige deutsche Tagesbericht liegt bei Abschluß der Nummer noch nicht vor.**

## Gegen den Lebensmittelwucher!

Die Generalkommission der Gewerkschaften und der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei haben dieser Tage dem Reichskanzler eine Zuschrift folgenden Inhalts übermittelt:

„Die Unterzeichneten nehmen erneut Anlaß, die Aufmerksamkeit Ew. Exzellenz auf die unerträgliche Preissteigerung unserer Nahrungsmittel zu lenken. Unser Volk steht vor einer ersten Gefahr, die abzuwenden eine wichtige Aufgabe der jüngeren Politik ist. In den letzten Jahren hat das deutsche Volk heute beinahe die ihm hier angelegenen nicht aus dem Stande der wirtschaftlichen Verhältnisse diktiert, noch weniger sind sie als unvermeidlich zu bezeichnen. An Lebensmitteln haben wir gegenwärtig keinen Mangel, aber doch auch so viel zur Verfügung, daß wir im allgemeinen vor einer Hungersnot geschützt sind. Wir werden auf den Konsum einiger Artikel in höherem Maße verzichten müssen, weil hier die Inlandsproduktion den Bedarf nicht decken kann, aber wir haben zum Glück Ersatz in anderen Nahrungsmitteln, um den Fehlbetrag decken zu können. Noch immer begannen wir indes der Ansicht, daß die Bevölkerung zur Sparsamkeit im Konsum erzoogen werden müsse, und dies am ehesten durch hohe Preise geschehen könne.

Dieser Tatsache müssen wir mit aller Entschiedenheit entgegen treten.

Wenn gegenwärtig in Berlin das Pfund Butter bereits 2.80 Mk. und Schmalz 2.40 Mk. kosten, so bedeutet diese Preissteigerung, daß die ärmere Bevölkerung vom Konsum der Butter und Schmalz ausgeschlossen wird, ohne daß die Wohlhabenden zur Einschränkung gezwungen wären. Es ist einfach unmöglich, daß von den Arbeitern, den Angestellten und weiten Kreisen des Kleinbürgerums solche Preise gezahlt werden. Unerschütterlich wird der Zustand noch dadurch, daß Margarine im Preise von 1.30—1.50 Mark für das Pfund schon den Preis erlangt hat, den die Butter früher erreichte. Speck steht im Preise der Butter gleich und ist deshalb nur noch selten im Haushalte der Armen, wie alle übrigen Fett- und Fleisch. Kann es da einem Zweifel unterliegen, daß unsere Bevölkerung Einbuße erleidet an einweih- und fettreicher Nahrung, das heißt, unterernährt ist?

Zurückbar sind die Klagen der Familien der Kriegsteilnehmer, die fortgesetzt an uns gelangen. Alle private Wohltätigkeit vermag nicht die Not zu lindern, die vielfach hier eingetreten ist. Verzweiflungsvoll wird die Lage, wenn Krankheit in der Familie den Verdienst der Frau schmälert, oder die Krankheit der Frau ihn vollständig aufhebt. Wie soll mit der geringen Unterstützung ohne Verdienst der Frau die Familie durchkommen? Bei den jetzigen Preisen ist es unmöglich; hier kehrt Hunger und Entbehrung in die Familie ein, und das zu all dem Leid, der Sorge und Angst um den, der brauchen sein Leben einsetzt für das Wohl und Wehe des Landes!

Mit allen den Leidenden müssen wir den bitteren Vorwurf erheben, daß es in Deutschland leider eine große Interessentengruppe gibt, die achtlos an diesem Jammer vorbeigeht, ja, denen diese Preislage noch nicht hoch genug ist.

Klingt es nicht wie ein Hohn auf die Lage der ärmeren Volksklassen, wenn heute eine Aktiengesellschaft nach der anderen ihre hochgeschätzten Gewinne aus der Nahrungsmittelindustrie bekanntgibt? Das ist ein Beweis, wie skrupellos die wirtschaftliche Notlage ausgenutzt wird und wie dringend notwendig der energische Eingriff des Reichs ist.

Die Androhung mit dem Wuchergesetz, die Einsetzung von Kommissionen über Preisfestsetzungen usw. schützen uns nicht vor Preissteigerungen, weil der Wucherer nicht zu fassen ist; der Schleichwege sind viele und die Grenzen für zulässige Ueberschneidung sind weit gezogen.

Wir bestreiten aber auch mit aller Entschiedenheit, daß die Landwirtschaft auf diese hohen Preise für ihre Produkte Anspruch hat. Es ist nicht wahr, daß die Landwirtschaft erheblich gesteigerte Produktionskosten haben. Wir haben durch eine Um-

frage auf einer Anzahl großer Güter in der Provinz Brandenburg festgestellt, daß stellenweise die Löhne gleichgeblieben sind, Lohnerhöhungen über 20 bis 30 Pfg. pro Tag zu den Seltenheiten gehören. An die Stelle des Mannes ist die billigere Frauennarbeit getreten, ganz zu schweigen von den Vorteilen, die aus der Vereinfachung der Gefangenen für die Großgrundbesitzer besonders erwachsen.

Ein Beispiel dafür, wie die Marktlage im freien Verkehr von der Landwirtschaft ausgenutzt wird, geben uns die Viehpreise. Nach der Preisoberstschelle des Deutschen Landwirtschaftsrats sind im September, nachdem im August die Preise auf dem Berliner Viehmarkt folgende Preise im Vergleich zum August 1914 für den Berliner Lebensgewicht notiert:

	Qualität	August 1915	August 1914
Ochsen	a	74.38-371.	51.25 Mk.
	b	64.—	45.88 "
	c	55.—	40.88 "
Kälber	b	83.10 "	52.17 "
	c	74.88 "	47.17 "
	d	68.08 "	39.50 "
Schweine	b	173.75 "	48.31 "
	c	169.54 "	48.71 "
	d	163.20 "	47.— "
	e	146.— "	44.— "

Die Schweinepreise sind somit über das Dreifache gestiegen. Wir haben in unseren früheren Eingaben darauf hingewiesen, wie notwendig es ist, die Preise für Vieh fest zu stellen, denn die freie Marktlage muß hier eine wüste Preissteigerung hervorrufen, da es natürlich an einem genügenden Angebot fehlt. Niemand kann behaupten, daß für die Schweinezucht die Landwirte heute das Dreifache ausgeben müssen. Nein, es ist die skrupellose Ausnutzung der Notlage, die zu solchen Wucherpreisen führt. Daß die Landwirte die freie Marktlage ausnutzen wollen, um diese Preise zu erzielen, widerspricht den Interessen des Landes; diese Bestrebungen müssen durch Befestigung von Höchstpreisen zurückgebrängt werden. Für die Regierung muß das Wohl des Landes und nicht das unberechtigte Begehren von Reuten maßgebend sein, die immer nur im engen Bannkreis ihrer Interessen sich bewegen. Im übrigen werden wir nicht, daß nicht alle Landwirte sich mit diesem Zustand einverstanden erklären, ihn vielmehr als verhängnisvoll anerkennen.

Entsprechend den Viehpreisen sind die Fleischpreise gestiegen. Schweinefleisch ist gegenwärtig in Berlin nicht unter 2.10 Mk. das Pfund zu haben, für Wurst ist der Preis bis auf 3 Mk. gestiegen. Schmalz und Rindfleisch ist bis auf 2.40 Mk. erhöht. Selbst der minderwertige Schweinebauch erlangt einen Preis von 1.90 Mk. das Pfund. Wie soll mit diesen Preisen eine Arbeiterfamilie ihren Haushalt einrichten? Dabei ist das Ende der Preissteigerung noch nicht abzusehen; wir haben mit weiterem hinausschrauben der Preise zu rechnen.

Der Mangel an Fleisch und Fett ist es notwendig erscheinen, auch hier ein Verteilungssystem einzuführen, wie bei der Brotversorgung. Wir sind uns dabei bewußt, daß diese Verteilung für die ärmere Bevölkerung wenig Wert hat, weil sie schon auf kleine Nationen gereicht ist, aber es muß den Wohlhabenden auch klar werden, daß Krieg ist, und auch dort Einschränkungen gebieterisch gefordert werden.

Große Sorge bereitet uns die Milchproduktion, und die Preissteigerung für dieses so wichtige und unentbehrliche Nahrungsmittel. Wir hatten bei früheren Besprechungen im Reichsamt des Innern empfohlen, daß durch Vermittlung von dieser Stelle mit den Organisationen der Milchproduzenten verhandelt werde, um ihre Anforderungen zurückzubringen. Aufsehnend ist nichts unternommen, denn wir haben bereits die beschränkte Preissteigerung. Im engen Zusammenhang damit steht die Verteuerung der Fabrikgerichte. Der hohe Preis von 350 Mk. für die Tonne, die der Deutsche Landwirtschaftsrat mit der Gerstenverwertungs-Gesellschaft vereinbart hat, bringt für den Landwirt den Anreiz, seine Gerste zu verkaufen, anstatt sie für die Viehhaltung zu verwenden. Mit der weiteren Steigerung des Wertes der Gerste wird neuer Anreiz für die höheren Viehpreise gegeben.